

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 4/12

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

22. April: Erhalt oder Schließung Hauptschule Bruchstr.?

13. Mai: Neuwahl des Landtages und MBI-Wahlprüfsteine



Bürgerentscheid

in Mülheim am 22. April 2012

Soll die Hauptschule an der Bruchstraße erhalten bleiben?

- Gehen Sie bitte zur Abstimmung!
- Stimmen Sie unbedingt mit **NEIN!**
- Im Sinne der Zukunft Ihrer Kinder!

Schul''konflikt'' als Ablenkungsmanöver vom Chaos einer kaputt regierten Stadt?

Über viele Jahre wurde versäumt, wegen der absehbar sinkenden Schülerzahlen einen zukunftsgerichteten Schulentwicklungsplan für ganz Mülheim aufzustellen. Deshalb kam es, wie es kommen musste: An der Grundschule Muhrenkamp z.B. wurde für zig hundertausende • der Offene Ganzttag (OGS) ausgebaut und im folgenden Jahr wurde die Schule wegen zu wenig Anmeldungen geschlossen. Ähnliches an der Hauptschule Frühlingstr., wo kurz vorher noch weit über 1 Mio. • für Sanierung verbaut worden war.

Um das gleiche für weitere Schulen zu vermeiden, setzten CDU, MBI, Grüne und FDP sich zusammen und beschlossen im Juli 2011 einen lange überfälligen Schulentwicklungsplan. Die SPD war aus einem einzigen Grund dagegen, weil nämlich die Hauptschule Bruchstraße geschlossen werden sollte, bevor dies automatisch wie bei der Frühlingstr. passieren würde. Doch Frau OB und ihre SPD waren noch beleidigt, weil die unausgelegene Luftnummer einer "Zukunftsschule" von CDU, MBI, Grünen und FDP beendet worden war, bevor das Projekt nach Jahren intensiver erfolgloser Arbeit daran mangels Fördergeldern irgendwann später ohnehin gestorben wäre.

Deshalb initiierte hauptsächlich die SPD ein Bürgerbegehren zum Erhalt der Hauptschule und mobilisierte alle nahestehenden Organisationen für genügend Unterschriften.

Nach peinlichem Hin und Her wegen der Zulässigkeit muss nun am 22. April die Mülheimer Bevölkerung an der Urne diesen seit 2 Jahren künstlich hochgekochten Dauerkonflikt endlich beenden, so oder so!!!!

Wenn eine ausreichende Mehrheit für den Erhalt der zweitletzten Hauptschule stimmt, muss der Schulentwicklungsplan neu aufgerollt werden und wahrscheinlich andere Schulen dafür geschlossen werden. Wenn das Nein die Mehrheit erhält, wird diese HS auslaufen, d.h. es werden keine neuen Eingangsklassen mehr eingerichtet.

Hoffentlich wird sich die Stadt nach dem 22. April endlich wieder mit den riesigen wirklichen Problemen beschäftigen, denn die sind gewaltig groß, ob Innenstadt und Ruhrbania, Haushaltskatastrophe griechischer Dimensionen, städtebaulichem Fiasko in Speldorf, irrwitziger Bauwut im Wohnungsbau, verkorkster Verkehrsführung, ÖPNV-Debakel, unkoordiniertem Baustellenchaos, Gebührenwillkür uswuf.....

Auf den folgenden Seiten mit den Schwerpunkten Bürgerentscheid und Landtagswahl:

- Bauernfängerei und Irreführung zum Bürgerentscheid für oder gegen die HS Bruchstr.!? S. 2+3
 - Wahlprüfsteine zur Landtagswahl für Bürgerrechte, Transparenz und Eindämmung der Abzockereien S. 4
- Einlegeblatt: Mülheimer Schulkonflikt um die Hauptschule Bruchstraße völlig an der Realität vorbei?

Argumente gegen den Erhalt der Hauptschule Bruchstraße

- Stetig sinkende Schülerzahlen, insbesondere an den Hauptschulen machen eine Neugestaltung der Schullandschaft notwendig.
- Die Hauptschule hat für die Aufnahme von Schülern aus Eppinghofen keine Bedeutung. In 2012 gab es zum Stichtag 15 Direktanmeldungen, davon 4 aus Eppinghofen.
- Jedes Kind, das bereits die Hauptschule an der Bruchstraße besucht, kann dort seinen Ausbildungsgang auch beenden.
- Ein großes Angebot weiterführender Schulen bleibt in der Nähe Eppinghofens erhalten.
- Der Erhalt der Hauptschule an der Bruchstraße ist extrem kostenintensiv und das bei gerade einmal 15 Anmeldungen. Es gibt einen Sanierungstau von knapp 6 Mio. Euro.
- Wir schaffen ein frühkindliches Förderzentrum im Stadtteil Eppinghofen und bauen Bildungsbenachteiligung ab.
- Die sehr niedrigen Schülerzahlen an der Bruchstraße lassen nach dem Schulgesetz NRW die Gründung weder einer Sekundarschule noch einer Gesamtschule zu.

Wir investieren in zukunftsfähige Schulen in allen Stadtteilen.
Städtische Schulen

- Styrum: Grundschule Augustastraße
- Dümpfen: Grundschule Schildberg
- Stadtmitte / Eppinghofen: Grundschulen Zunftmeisterstraße und Dichterviertel
- Heißen: Grundschulen Sunderplatz und Filchnerstraße
- Broich: Grundschule Krähenbüschken, Realschule und Gymnasium
- Speldorf, Grundschulen Am Lieberg, Katharinschule in der Frühlingsstraße
- Saarn: Schulzentrum Lehnerstraße

ÖPP-Projekte

- Halthausen: Gymnasium Luisenschule
- Stadtmitte: Gymnasium Karl-Ziegler-Schule
- Styrum: Willy-Brandt-Gesamtschule

Halten Sie es für sinnvoll...

...wenn trotz knapper Kassen für die Instandsetzung einer nicht mehr benötigten Schule, der Hauptschule an der Bruchstraße, mindestens knapp 6 Millionen Euro ausgegeben werden?

...wenn damit für die Sanierungsmaßnahmen in den Schulen anderer Stadtteile (s.o.) weniger Mittel zur Verfügung stehen?

...nach Abwägung aller Argumente und Fakten für den Erhalt dieser Hauptschule zu stimmen?

Dann gehen Sie bitte am 22. April 2012 zur Abstimmung und stimmen Sie mit

NEIN


Bauernfängerei und Irreführung zum Bürgerentscheid?

Am 30. März lag mit Ferienbeginn(!) die Wahlbenachrichtigung in den Mülheimer Briefkästen zusammen mit dem offiziellen Informationsblatt für den Bürgerentscheid am 22. April. Zu der Frage

“Soll die weiterführende Schule (GHS an der Bruchstr.) in Mülheim Eppinghofen auf Dauer erhalten bleiben?”

können die Bürger/innen Ja oder Nein ankreuzen. Wenn mehr als 10% der Wahlberechtigten (ca. 13.500) mit Ja abstimmen und weniger mit Nein, wäre der Entscheid erfolgreich und die Hauptschule dürfte zumindest in den nächsten 2 Jahren nicht geschlossen werden. Wenn aber mehr Nein- als Ja-Stimmen abgegeben werden, ist das Quorum von 10% ohnehin nicht von Bedeutung!

Man muss wirklich staunen, wie in den Stellungnahmen der Ja-Befürworter die Fragestellung z.T. eigenmächtig in ganz andere Fragestellungen umgemünzt wird:

Die Initiatoren selbst, u.a. Pfarrer Kämpgen, sprechen in ihrer Stellungnahme im städt. Informationsblatt nur davon, „*sich für den Schulstandort Eppinghofen einzusetzen*“ und mit Ja zu stimmen, ebenso WirLinke und NurLinke, die auffordern: „*Am 22. April Ja zum Schulstandort Eppinghofen*“. Die SPD vermeidet das Wort Hauptschule und fordert: „*Eppinghofen darf nicht „Bildungsfreie Zone“ werden! Die weiterführende Schule an der Bruchstraße muss erhalten bleiben.*“ genau wie die SPD-OB in ihrer separaten Stellungnahme. Auch sie empfiehlt das Ja.

Dabei ist die Fragestellung bis auf den unbestimmten Begriff "auf Dauer" wirklich eindeutig. Die Bürger sollen entscheiden, ob die weiterführende Schule in Eppinghofen, nämlich die Gemeinschafts-Hauptschule (GHS), in Eppinghofen bekanntlich auch die einzige, erhalten werden soll oder nicht.

Es geht eindeutig nicht um den Schulstandort Eppinghofen, denn die Grundschulen Zunftmeisterstr. und Bruchstr. sollen überhaupt nicht geschlossen werden. Es geht auch nicht um irgendeine weiterführende Schule, sondern um die Hauptschule. Wenn es um eine Sekundar- oder Gesamtschule an der Bruchstr. ginge, wie suggeriert werden soll, müssten auch die zugehörigen Folgeprobleme oder Fragen offen mit auf den Tisch. Das wäre zum einen die Frage, woher bei sinkenden Schülerzahlen der Bedarf kommen soll und auf Kosten welcher anderen Schulen, zum zweiten was es kosten würde, das Gebäude Bruchstr. erst zu sanieren und dann kurz später für eine mind. 4-zügige andere Schulform erneut um- oder gar neuzubauen!

Da auch diese zentralen Fragen bisher nicht einmal in der Diskussion waren und sind, ist es unredlich, die Fragestellung des Bürgerentscheids einfach umzumünzen, ganz unabhängig davon, dass bei jedem Bürgerentscheid grundsätzlich nur das entschieden werden darf, was auch als Frage zur Abstimmung steht!

Auch die Befürworter der HS Bruchstraße scheinen zu wissen, dass diese zweitletzte Hauptschule genauso wie viele andere Hauptschulen vielerorts in NRW nicht überlebensfähig ist!

Also wollen sie mit voller Absicht im Trüben fischen!

Ganz deutlich wird das in dem Flugblatt, das für ein Ja verteilt wird. Das Flugblatt behauptet in groß auf der Titelseite: **“Bürgerentscheid für den Erhalt einer weiterführenden Schule in Eppinghofen“**, während auf den Plakaten steht **“Gemeinschaftshauptschule Bruchstr. - Nehmt uns unsere Schule nicht weg!“** Was denn nun? Kein Schüler, Lehrer oder Elternteil fordert eine Gesamt- oder Sekundarschule!

Auf der Rückseite des Flugblatts steht unter dem großen Ja mit Kreuz: "Lassen Sie sich von Politikern keinen Sand in die Augen streuen! Für Schulsanierungen stehen weit mehr Gelder zur Verfügung ..." Schön wär's und **wer hier Sand in die Augen streut, ist offensichtlich!**

Das gesamte Flugblatt enthält mehrere solcher Passagen zur reinen Stimmungsmache.

Was aber würde passieren, wenn der Bürgerentscheid erfolgreich wäre, wenn also mehr als 13.500 mit Ja und weniger mit Nein stimmen würden?

Weil Bürgerentscheide mindestens 2 Jahre Bindewirkung besitzen, müssten also noch mindestens die nächsten beiden Anmeldungen für die Hauptschule durchgeführt werden. Da zu erwarten ist, dass die HS-Anmeldungen insgesamt weiter zurückgehen werden, müssten Stadt und RP dann wohl die intakte HS Hexbachtal ohne Sanierungsstau dicht machen, weil die Gesamtanmeldungen nur für 1 HS ausreichen und die Bruchstr. wegen der Bindewirkung des Bürgerentscheids nicht geschlossen werden dürfte.

Lässt man außer acht, dass der Bürgerentscheid den Erhalt der Hauptschule "auf Dauer", also auf ungewisse Zeit, beinhaltet, könnte die HS Bruchstr. dennoch, aber erst frühestens ab 2015/16, versuchen, Sekundar- oder Gesamtschule oder??? zu werden, aber mit welchen Schülern? Etwa mit ganzen Klassen von der nahen Realschule Mellinger Str., eine ebenfalls intakte, sanierte Schule? Auch damit hätte die Stadt ein weiteres Problem künstlich selbst geschaffen, weil vor allem die SPD das ohnehin unausweichliche Aus für ihre unausgegorene "Zukunftsschule" nicht akzeptieren wollte und lieber Chaos erzeugte. Lehrer und Schüler der Hauptschule können einem leid tun, weil sie vor die Karren von SPD und Linken gespannt wurden.

Die Endlos-Diskussion um eine oder die Schule an der Bruchstraße hat der gesamten Stadt genug geschadet!



Bürgerentscheid
in Mülheim am 22. April 2012



Bürgerentscheid

in Mülheim am 22. April 2012

Soll die Hauptschule an der Bruchstraße erhalten bleiben?

- Gehen Sie bitte zur Abstimmung!
- Stimmen Sie unbedingt mit **NEIN!**
- Im Sinne der Zukunft Ihrer Kinder!

V.I.S.d.P.

CDU - Fraktion im Rat der Stadt
Bahnstraße 31, 45468 Mülheim
0208 - 45 95 40
cdu-fraktion-muelheim@t-online.de

CDU

Ratsfraktion der MBI
Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim
0208 - 38 99 810
mbi@mbi-mh.de

MBI

Fraktion B90/Die Grünen
Bahnstraße 50, 45468 Mülheim
0208 - 47 92 41
gruene-fraktion@muelheim-ruhr.de

**ALTERNATIVE
ZUKUNFT
GRÜNE**

FDP Fraktion im Rat der Stadt
Friedrichstraße 7, 45468 Mülheim
0208 - 38 99 884
info@fdp-fraktion-muelheim.de

FDP
Die Liberalen

CDU

MBI

**ALTERNATIVE
ZUKUNFT
GRÜNE**

FDP
Die Liberalen

Für die Wiederbelebung der kommunalen Demokratie, für mehr Transparenz und Ausweitung der Bürgerrechte!

Ausgesuchte MBI-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl, mehr unter <http://www.mbi-mh.de>
Die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW ist Mitte März überraschend gescheitert. Nun gibt es am 13. Mai Neuwahlen. Als gäbe es sonst keine Probleme! Alle Parteien, die gewählt werden wollen, sollten u.a. zu folgenden Fragen Stellung beziehen, die zumeist in Werbespots nicht vorkommen. Die Positionen zu kennen, mag bei der Wahlentscheidung helfen und man kann sie später an ihre Versprechen erinnern.

Rückgrat jeder Demokratie ist ihr Funktionieren in den Kommunen, weil nur dort von den Menschen direkt erlebbar. Leider hat sich im letzten Jahrzehnt auch die kommunale Demokratie häufig von den Menschen wegbewegt und über deren Köpfen entschieden. Das liegt auch daran, dass im neoliberalen Zeitgeist von Deregulierung und Privatisierung sowie dem wahnhaften Versuch, Städte wie Konzerne umzugestalten, Bundes-, aber auch Landesgesetze die Aushöhlung der Demokratie vor Ort zumindest ermöglichten oder sogar beabsichtigten!

1. Zur Frage Mono- oder Doppelspitze in den Kommunen in NRW

Seit 1999 gibt es die Monospitze, mit nicht nur positiven Folgen im Vergleich zu der Doppelspitze vorher. Das Kräfteverhältnis zwischen Verwaltung (Bürokratie) und gewählten Volksvertreter/innen (Demokratie) wurde zugunsten der Bürokratie verschoben, denn im Normalfall ist ein/e OB als Monospitze zuallererst Verwaltungsspitze. Die Monospitze untersteht als solche auch keiner Aufsicht mehr, wie sich zu Frau Mühlenfeld bzgl. der Abführung der Aufsichtsratsgelder zeigte. Auch die Fälle der OB`s Baganz, Diekmann, Schramma, Sauerland, Langemeyer u.v.a. machten nachdenklich. Die verlängerte Amtszeit bei Neuwahlen und die abgekoppelte OB-Wahl von der Kommunalwahl mit längerer Amtszeit haben den fast autokratischen Möglichkeiten der OB`s noch mehr Züge von Sonnenkönig/innen verliehen. Deshalb bitten wir um die Stellungnahme Ihrer Partei zur Frage Mono-/ Doppelspitze, insbesondere zu folgenden Fragen:

- Werden Sie die Frage Mono- oder Doppelspitze in naher Zukunft überhaupt thematisieren?
- Wenn Sie nicht zur Doppelspitze zurückkehren wollen, was gedenken Sie zu tun, um die Machtposition der OB`s zu begrenzen oder wenigstens kontrollierbarer zu machen?

2. Zu Bürgerrechten und Verwaltungsgerichtsbarkeit

a) zur Abschaffung des Widerspruchsrechtes für die Bürger:

In Mülheim z.B. führten im letzten Jahr des Widerspruchsrechts 3500 von ca. 5000 Widersprüchen zu Korrekturen der Bescheide! Heute verweisen die Ämter bei Beschwerden nur noch auf den Rechtsweg, deren Kosten und Risiken. **Werden Sie diesen gravierenden Fehler als eine der ersten Maßnahmen einer neuen Regierung korrigieren bzw. dies als Opposition schnellstmöglich beantragen?**

b) zur häufig bürgerunfreundlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit und zu Sammelklagen:

- Werden Sie im Sinne der Bürger die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit reformieren wollen? Wenn ja, welche Maßnahmen wird Ihre Partei in Angriff nehmen?
- Werden Sie insbesondere Sammelklagen auch in NRW in Zukunft endlich ermöglichen bzw. im Bundesrat entsprechende Initiativen einbringen, um auch in Deutschland ähnlich den USA die Verbraucherrechte damit auf andere, bürgerfreundlichere Füße zu stellen?

3. Zur Gebührenwillkür von Kommunen gegenüber ihren Bürgern:

- Werden Sie insbesondere eine Überarbeitung und Präzisierung des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) in Angriff nehmen, u.a. für Erschließungsbeiträge für Straßen- oder Kanalerneuerungen, absurde Hinterliegergebühren für Straßenreinigung/Winterdienst und zur überfälligen Präzisierung des vorgeschriebenen Kostendeckungsprinzips bei den Zwangsgebühren für Straßenreinigung, Müll und Abwasser, damit sich kein Kämmerer mehr aus diesen Gebühren bedienen darf?

4.) Zu mehr Transparenz in der Kommunalpolitik

Werden Sie die Geheimiskrämerei mit Gutachten, Verträgen etc. durch Gesetze eindämmen?

5.) Wie stehen Sie zu Privatisierung, (Re-)Kommunalisierung und zu PPP-Projekten?

6.) Wie steht ihre Partei zu fracking, CO-Pipeline und der Energiewende?

7.) Zur Abschaffung u.a. des RP Düsseldorf und ggfs. Schaffung eines RP Ruhr

Werden Sie eine grundlegende Verwaltungsreform für NRW angehen? Wenn ja, mit welchen Zielen? a) Abschaffung aller Mittelbehörde inkl. Landschaftsverbände, oder b) "nur" aller RP`s oder c) Reduzierung der Regierungsbezirke auf 3 inkl. RP Ruhr, wie von der CDU 2005 versprochen?

Zu 8.) Kommunale Finanzkrise 9.) Inklusion und Förderschulen sowie 10.) Diätenerhöhungen und Pensionszahlungen für ex-Dezernenten mehr unter <http://www.mbi-mh.de>

Mülheimer Bürger- Initiativen

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

http://www.mbi-mh.de

Mülheimer Schulkonflikt um die Hauptschule Bruchstraße an der Ruhrgebietsrealität vorbei?

In Mülheim ist fast immer alles irgendwie anders als in vielen anderen Teilen des Landes..... Während in Duisburg, Oberhausen, Essen und vielen anderen Städten serienweise Hauptschulen ziemlich lautlos geschlossen werden, findet in Mülheim am 22. April ein Bürgerentscheid zum Erhalt der Hauptschule Bruchstr. statt. Federführend unterstützt wird der von der SPD, während die CDU, jahrelang landauf, landab Verfechter von Hauptschulen, für die Schließung votiert hat. Auch die diversen



Schattierungen der Linken sind vehement für den Erhalt dieser Hauptschule, obwohl sie überall sonst und immer gegen Haupt- und für Gesamtschulen auftreten, was ja auch woanders eher der SPD-Linie entspricht, die bekanntlich nie Freunde von Hauptschulen waren! Im Bild Frau OB Mühlenfeld und daneben Frau Klar, die Schulleiterin der Hauptschule

Die Anmeldezahlen zur Klasse 5 der Mülheimer Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien für das Schuljahr 2012/2013 und die Anmeldezahlen für Gesamtschulen liegen seit dem 8. März vor.

Anmeldungen Hauptschulen für das Schuljahr 2012/13

GHS Bruchstraße 15 Anmeldungen (26 letztes Jahr)

GHS Dümpten 33 " (29 ")

GHS Speldorf 0, da auslaufend (7 ")

Hauptschulen insgesamt : 48 (62) Schüler/innen.



Laut WAZ gab es originär nur 15 Anmeldungen zur HS Bruchstr. und 4 Zuweisungen. Die NRZ titelte dazu in 2 großen Artikeln „Eltern durchkreuzen Schulpläne“ und „Im Zweifel für die Eltern“ und zitiert Schulleiterin Klar „...empfand nur noch ein Glücksgefühl“ und „An dieser Schule hat man eine Perspektive“. Die Mülheimer Woche war da ein wenig vorsichtiger und titelte: „Bürger müssen entscheiden – Genügend Anmeldungen für die GHS Bruchstraße“, während die WAZ sich mit eigenen Einschätzungen zurückhielt.

Bei weniger als 18 Schülern hätte auch diese Hauptschule bereits von Amts wegen aus Düsseldorf sofort geschlossen werden müssen, genau wie die HS Frühlingstr. letztes Jahr, obwohl dort gerade erst Millionen für Sanierung ausgegeben worden waren. Aber wegen der Sperrwirkung des Bürgerentscheids blieb die Düsseldorfer Behörde dieses Jahr notgedrungen untätig!

Im o.g. NRZ-Artikel findet sich direkt neben dem strahlenden Gesicht von Frau Klar das nachdenkliche Gesicht des Schulleiters des Otto-Pankok-Gymnasiums, welches mit 52 Anmeldungen zwar noch mehr hat wie beide Hauptschulen zusammen, doch bei 26 weniger als im Vorjahr aus NRZ-Sicht bereits gefährdet ist. Irgendwie seltsam: Nicht nur, dass der Haushalt der Stadt Mülheim völlig aus den Fugen geraten ist und keine weiteren Experimente zulässt, scheint doch ein Missverhältnis vorzuherrschen: Während die HS Bruchstr. mit 15 Anmeldungen und ein paar Zuweisungen der RAA mit Migrantenkindern als gerettet dargestellt wird, ist das altehrwürdige OP mit 52 Anmeldungen bereits existenzgefährdet? Doch egal: Mülheim ist nicht Ascheberg oder Zülpich irgendwo auf dem Land, sondern liegt mitten in der Metropole Ruhr. Auch deshalb ist die kirchturmartige Mülheimer Schuldiskussion realitätsfern! Mehr dazu siehe Rückseite

Über z.T. gravierende Fehlentwicklungen der Mülheimer Schullandschaft insbesondere aus den Zeiten der SPD-Alleinherrschaft wäre einiges zu sagen, doch auch andere Gesichtspunkte, die in den Mülmschen Schuldebatten, immer und immer wieder um die HS Bruchstr., ausgeblendet blieben. **Ein schwerwiegender Irrweg war nämlich Mitte 2010 das von SPD/CDU/Grüne/FDP beschlossene Riesen-PPP-Schulprojekt, mit dem die Sanierung von Gesamtschule Styrum, Karl-Ziegler- und Luisengymnasium im Paket von weit über 50 Mio. • sowie der Betrieb dieser 3 Schulen plus der Grundschule Augustastr. für 25 Jahre an die Baufirma Strabag vergeben wurde.** Nicht nur, dass das Gesamtpaket immer teurer wird, noch bevor die Schulen saniert sind, 25 Jahre lang müssen die "Mieten" immer und ohne Widerspruchsmöglichkeit ("Forfaitierung mit Einredeverzicht") gezahlt werden! **Diese 4 Schulen sind damit in jeder Schulbedarfsplanung de facto tabu, die stetig steigenden Ausgaben per PPP-Vertrag auf 25 Jahre unabänderlich!** Doch auch der zukünftig wichtige Aspekt interkommunaler Schulplanung wurde bisher ganz ausgelassen!!



Luisenschule inmitten der Baustelle

Mülheim und die etwas verdrehte Debatte um Schulstandorte

Die Schülergesamtzahl, die für das nächste Schuljahr an weiterführenden Mülheimer Schulen angemeldet wurden, beträgt 1539, im Vorjahr waren es 1575. Doch auch dieser Rückgang von 2,3% besagt nichts wirklich über die Realität, denn die ist längst auch städteübergreifend.

Nur von den Gesamtschulen sind allerdings die Zahlen der „Auswärtigen“ bekannt: Saarn 4 von 70, Gustav-Heinemann 58 von 355 und Styrum 69 von 181. Diese Zahlen sind bereits nicht zu vernachlässigen, sind es doch mit 131 Schüler/innen aus Nachbarstädten - angemeldet nur für die 3 Gesamtschulen - bereits viel mehr als doppelt so viele wie die nur noch 48 Anmeldungen für Hauptschulen insgesamt. Und: Keine unserer Nachbarstädte Oberhausen, Duisburg oder Essen hat übrigens als Kommune ein Defizit an Gesamtschulen im Vergleich zu Mülheim!

Die Stadtgrenzen existieren real nämlich insbesondere bei weiterführenden Schulen für Eltern und Schüler weniger. Das Beispiel der GS Styrum demonstriert das überdeutlich (69 von 181 „Auswärtige“=fast 40%! Und im Vorjahr waren es mit 74 von 178 sogar noch mehr). Im Gegenzug gehen übrigens eine Menge Schüler auch aus Mülheim-Styrum auf Oberhausener Realschulen und Gymnasien. Warum auch nicht, ist für viele u.a. auch einfacher zu erreichen. Noch mehr Schüler/innen aus Speldorf besuchen wahrscheinlich weiterführende Schulen u.a. in Duisburg. Warum auch nicht, denn in Speldorf selbst gibt es bekanntlich überhaupt keine weiterführende Schule mehr und die ausgelaufene Hauptschule war nie eine Schule für diesen Stadtteil.

Kurzum: Eine Bildungs- und Schulentwicklungsplanung ausschließlich für Schulen innerhalb der jeweiligen Kirchturmsgrenzen ist von der Realität längst überholt. In Zeiten schrumpfender Schülerzahlen und hoffnungslos desolater Finanzen aller Ruhrgebietsstädte ist es sogar fahrlässig, weiter so zu tun, als könnte und sollte jede Stadt in dem Städtkonglomerat Ruhrgebiet wirklich weiterhin jede Entscheidung auf ihrem Stadtgebiet gänzlich autonom treffen, nicht zuletzt auch im Bildungsbereich. Formal geht das noch so, real aber dürften und vor allem sollten die Gegebenheiten das eigentlich so nicht mehr zulassen.

Natürlich wäre es interessant zu wissen, wie viele Mülheimer Kinder und Jugendliche in welcher Nachbarstadt zur Schule gehen. Ebenso, ob und wieviele aus Nachbarstädten an allen anderen Mülheimer Schulen außer den Gesamtschulen sind.

Wie genau eine zukunftsorientierte interkommunale Schulbedarfsplanung im zersplitterten Ruhrgebiet in Zeiten sinkender Schülerzahlen aussehen und vor sich gehen kann, muss natürlich geklärt werden, ebenso, welche Rolle die 3 verschiedenen sog. „Bezirksregierungen“ der RP`s in Düsseldorf, Münster und Arnsberg dabei noch spielen könnten und sollten.

Die gesamten Diskussionen und teilweise scharfen Auseinandersetzungen um den Fortbestand der Hauptschule Bruchstraße wirken in dem Zusammenhang, gelinde gesagt, ein wenig aufgesetzt.